

Das System der Anleitung und Kontrolle der Parteileitungen in der SED

Der »demokratische Zentralismus« als oberstes leninistisches Organisations- und Leitungsprinzip der SED galt allen Parteiorganen als »unerläßliche Bedingung für die richtige Leitung der sozialistischen Gesellschaft, für die volle Entfaltung ihrer Vorzüge und Triebkräfte«.¹ Bereits das vom III. Parteitag der SED im Juli 1950 beschlossene Parteistatut verankerte im Punkt 23, »daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet«.² Dieser Passus findet sich auch nahezu unverändert im 1976 beschlossenen Statut der SED wieder, das bis 1989 Gültigkeit besaß.³ Die Grundaufgabe der Parteileitungen in den Bezirken, Kreisen und Grundorganisationen bestand demnach darin, die Beschlüsse der Parteizentrale durchzuführen. In den auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 beschlossenen »Richtlinien für die Verbesserung des Arbeitsstils der Partei« heißt es hierzu kurz und bündig: »Die Kreis- und Bezirksleitungen sind in ihrem Tätigkeitsbereich voll verantwortlich für die Erfüllung aller Partei- und Staatsaufgaben.«⁴

Die SED-Führung bediente sich vielfältiger Methoden zur Anleitung und Kontrolle nachgeordneter Parteinstanzen. Neben der Übermittlung bzw. Veröffentlichung der schriftlichen Beschlüsse und persönlichen, informellen Kontakten zwischen Mitgliedern der Parteiführung und den Funktionären in den Bezirken und Kreisen wurden hauptsächlich *zehn Wege* beschritten, die im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen.

Erstens dienten die Parteitage und die Tagungen des Zentralkomitees zur Anleitung und Kontrolle der Parteileitungen. Auf den seit 1950 alle vier bis fünf Jahre stattfindenden Parteitagungen erstattete der Generalsekretär Bericht und wies die Delegierten in die zu

1 Kleines Politisches Wörterbuch, Neuausgabe 1988, Berlin (Ost) 1989, S. 179.

2 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 2, Berlin (Ost) 1951, S. 307–321, hier S. 313.

3 Siehe Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976, Bd. 2, Berlin (Ost) 1976, S. 267–298, hier S. 279.

4 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/5/118.

lösenden Aufgaben ein. Funktionäre der regionalen Leitungen sprachen in der Diskussion und berichteten über die laufende Parteiarbeit. Das Zentralkomitee (bis 1950 Parteivorstand) war laut dem Statut der SED zwischen den Parteitag »das höchste Organ der Partei«. Es war verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages und leitete »zwischen den Parteitagen die gesamte Tätigkeit der Partei«. ⁵ Daran änderte sich bis 1989 nichts. ⁶ Zur Leitung der laufenden Parteiarbeit wurden in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Tagungen des ZK anberaumt, zu denen sich dessen Mitglieder und Kandidaten in Berlin versammelten. Mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen (BL) sowie mehreren Fachsekretären der Bezirksleitungen, 1. Sekretären von Kreisleitungen (KL) und von Betriebsparteiorganisationen waren ebenso Vertreter der regionalen Ebenen als Mitglieder oder Kandidaten des ZK vertreten. Die Plenartagungen des ZK dienten damit auch der Anleitung und Kontrolle der Parteileitungen. Diesen Aspekt hebt Gerda Meschter mit folgenden Worten hervor: »Zunächst war das allerwichtigste für uns, wenn es ZK-Plenen gab, daß wir uns da herausgesucht haben, was wir zu machen hatten und wie wir das umzusetzen hatten.« ⁷ Auch nicht im ZK vertretene leitende Funktionäre erhielten von den Inhalten der Plenen Kenntnis: »Von den Tagungen des ZK wurde ein »Rotes Protokoll« herausgegeben, welches nicht in der Presse veröffentlichte Passagen der Referate und Diskussionsreden enthielt und das auch den Sekretären der Bezirksleitungen und den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED zu ihrer Information und Auswertung zur Verfügung stand.« ⁸

Eine *zweite* Methode zur Anleitung der Bezirks- und Kreisleitungen bestand in regelmäßigen Treffen mit dem Generalsekretär der SED. Unter Walter Ulbricht hatten Zusammenkünfte mit den 1. Bezirkssekretären noch selten und in unregelmäßigen Abständen stattgefunden, »aber wenn sie stattfanden, gab es eine ziemlich intensive Aussprache, wo wirklich nur Probleme behandelt wurden. Diese Treffen waren nicht regelmäßig. Ich kann mich eigentlich nur an ganz wenige erinnern, meistens waren sie auch nur aus bestimmten politischen Anlässen.« ⁹ Erich Honecker hatte dann eingeführt, dass im

5 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages (Anm. 2), S. 315 und S. 316.

6 Siehe Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976, Bd. 2, Berlin (Ost) 1976, S. 267–298, hier S. 283.

7 Protokoll des Gesprächs mit Gerda Martens-Meschter (1952 bis 1961 2. Sekretär der BL Chemnitz/Karl-Marx-Stadt), Rostock, 7. November 2002, S. 6. Die zitierten Gesprächsprotokolle und schriftlichen Mitteilungen befinden sich sämtlich im Privataarchiv des Verfassers. Zu den Biografien der im Text genannten Funktionäre siehe Helmut Müller-Enbergs u. a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2 Bde., Berlin 2010 und Mario Niemann/Andreas Herbst (Hg.): SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989, Paderborn u. a. 2010.

8 Schriftliche Mitteilung von Helmut Müller (1971 bis 1989 2. Sekretär der BL Berlin), Berlin, 11. 8. 2012. Die Bezeichnung dieser Protokolle »ergab sich aus dem roten Umschlag.« Ebd.

9 Protokoll des Gesprächs mit Johannes Chemnitzer (1963 bis 1989 1. Sekretär der BL Neubrandenburg), Lichtenberg, 7./8. Mai 2003, S. 19.

Anschluss an eine Tagung des Zentralkomitees auch eine Zusammenkunft der 1. Bezirkssekretäre stattfand. Die direkte Anleitung durch ihn wird allerdings als unzureichend und unbefriedigend beschrieben. Sie erfolgte »regelmäßig nach den Plenartagungen des ZK, also zweimal im Jahr. Er monologisierte dann, äußerte mehr oder weniger aus seiner aktuellen Gefühlslage heraus seine Meinung zu verschiedenen aktuellen Fragen.«¹⁰ Ein echter Meinungsaustausch über aktuelle Probleme, eine profunde Beratung mit den Vertretern der Bezirke fanden nicht statt. »Auch im Kreis der 1. Bezirkssekretäre ließ er eine realitätsbezogene, offene Diskussion nicht zu.«¹¹

Wie solche Zusammenkünfte mit Honecker abliefen, berichtet Johannes Chemnitzer: »Nach jeder Plenartagung gab Erich Honecker eine Einschätzung, wie er das Plenum beurteilte, das heißt, wie sehr er mit der Diskussion zufrieden war. Danach gab es noch die Frage: ›Gibt es noch Fragen?‹, und ganz selten fand eine direkte Aussprache zu Problemen statt. Ich muß ehrlich sagen, wir waren so daran gewöhnt, daß dann auch von unserer Seite kein großes Interesse vorhanden war. Die Beratungen fanden ja auch nicht ganztätig statt, sondern immer im Anschluß an die Plenartagung, so daß jeder das Ziel hatte, wieder nach Hause zu kommen.«¹² Ähnliches schildert Werner Eberlein: »Honecker hatte die Bezirkssekretäre jeweils zu den Tagungen des Zentralkomitees zweimal im Jahr versammelt. Wenn die Tagung des Zentralkomitees war, hat er sie anschließend zusammengerufen. Eine Stunde hat er was vorgelesen. ›Habt ihr Fragen?‹ Es war spät. ›Ja, ihr müßt nach Hause! Also ist gut.‹ Zu einem Meinungsaustausch ist es dabei laut Eberlein nicht gekommen: »Manchmal gab es ein, zwei Fragen, aber eine Diskussion gab es im Grunde genommen nicht.«¹³

Die fehlende Wirksamkeit dieser Form der Anleitung bestätigt auch Hans Modrow, von 1973 bis 1989 1. Sekretär der BL Dresden. »Ab 1973 entwickelte es sich dahin, daß eine wirkliche Debatte nicht zustande kam. Im Wesen wurde sie, wenn es um wirkliche Probleme ging, nicht gewünscht.« Die Zusammenkünfte beinhalteten letztlich nur eine »Wertung der Sitzung des Zentralkomitees durch den Generalsekretär. Mehr war es nicht.«¹⁴

Die Beratungen mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen waren »eine eigenständige Führungsgröße des Sekretariats des ZK. Sie fanden unter W. Ulbricht häufig statt, dienten der Erläuterung von Beschlüssen und dem Erfahrungsaustausch über deren Durchführung. Sie waren meist ein- bis zweitägig. Nach dem VII. Parteitag fand ein Lehrgang von einer Woche (in Brandenburg) statt, auf dem Mitglieder des Politbüros die Politik ihrer Bereiche erläuterten. Sie wurden in Seminaren diskutiert. Das Schlußreferat hielt Walter Ulbricht. Ein solcher Lehrgang fand 1971 auch nach dem VIII. Parteitag statt.«¹⁵

10 Otfried Arnold/Hans Modrow: Das Große Haus. Struktur und Funktionsweise des Zentralkomitees der SED, in: Hans Modrow (Hg.): Das große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Berlin 1995, S. 11–70, hier S. 43.

11 Ebd.

12 Gesprächsprotokoll Chemnitzer (Anm. 9), S. 19.

13 Protokoll des Gesprächs mit Werner Eberlein (1983 bis 1989 1. Sekretär der BL Magdeburg), Berlin, 4. September 2002, S. 2.

14 Protokoll des Gesprächs mit Dr. Hans Modrow (1973 bis 1989 1. Sekretär der BL Dresden), Berlin, 6. September 2002, S. 3.

15 Schriftliche Mitteilung Müller (Anm. 8).

In den späteren Jahren trafen sich die 1. Sekretäre der Kreisleitungen nur einmal im Jahr zu einer Aussprache mit dem Generalsekretär. Der Ablaufplan für das Treffen am 12. Februar 1988 im Haus des ZK sah eine insgesamt sechsstündige, von zwei halbstündigen Pausen unterbrochene Rede des Generalsekretärs zum Thema »Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED« vor. Zugegen waren dabei auch die 1. und 2. Bezirkssekretäre, Abteilungsleiter und weitere leitende Genossen des Zentralkomitees. Anschließend gab es ein Kulturprogramm im Palast der Republik. Eine Diskussion oder eine Beratung waren nach dem Ablaufplan nirgends vorgesehen. Da die Rede zudem »als vertrauliches Material gedruckt, den Teilnehmern der Beratung übermittelt und auszugsweise im Zentralorgan der SED ›Neues Deutschland‹ veröffentlicht« werden sollte,¹⁶ ist der Sinn des ganzen Aufwandes fragwürdig.

Diese Einschätzung teilt auch ein Teilnehmer des Treffens, der frühere 1. Sekretär der KL Bad Salzungen: Honeckers Rede wurde den 1. Kreissekretären »am Ende der Beratung großzügigerweise schriftlich zur Verfügung gestellt. Die Parteiführung hatte sich aus ihrem Verständnis heraus damit eine der Voraussetzungen geschaffen, daß die Auswertung dieser Beratungen in der Partei einheitlich vorgenommen wurde.« Aussprachen und Diskussionen fanden in diesem Kreis nicht statt. »Offensichtlich sollte die ›Harmonie‹, die Atmosphäre der Einheit und Geschlossenheit nicht durch unbequeme Fragestellungen und Lageberichte von vor Ort gestört werden.«¹⁷ Die Zentrale hätte sich also die ganze Veranstaltung sparen und Honeckers Text den Kreisleitungen schriftlich zukommen lassen können. So sind denn auch die Ausführungen des 1. Sekretärs der KL Eisenhüttenstadt, Siegfried Uhlig, auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 nicht als reale Zustandsbeschreibung, sondern als eine der Choreografie des Parteitages und den Erwartungen geschuldete Übertreibung zu werten. Uhlig lobte »die ständige Fürsorge, konkrete Anleitung und große Hilfe des Zentralkomitees, wie das in einem ganz besonderen Maße in den seit vielen Jahren zur Tradition gewordenen Beratungen des Sekretariats des Zentralkomitees mit den 1. Sekretären zum Ausdruck kommt«.¹⁸

Die direkte Anleitung durch Walter Ulbricht und vor allem durch Erich Honecker scheint insgesamt nicht sonderlich intensiv gewesen zu sein. Werner Eberlein schätzt ein, »daß Honecker sich im Grunde genommen nicht gekümmert hat um die Anleitung. Er ist viel ins Ausland gefahren und hatte in Berlin seine Probleme.«¹⁹ Im Bezirk Magdeburg war Honecker während der Amtszeit Eberleins außer zur Jagd nicht ein einziges Mal, Eberlein erhielt »keine Anregung, keine inhaltlich wirklich belangvolle Anfrage, keinen

16 Sitzung des Sekretariats des ZK vom 21. Oktober 1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/4174, Bl. 11.

17 Hans-Dieter Fritschler: Die Kreisleitung – verlängerter Arm des Politbüros?, in: Hans Modrow (Hg.): Das Große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR, Berlin 1996, S. 39–53, hier S. 44 und S. 45.

18 Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 17. bis 21. April 1986, Berlin (Ost) 1986, S. 270.

19 Gesprächsprotokoll Eberlein (Anm. 13), S. 4.

mich fordernden Impuls«. ²⁰ Johannes Chemnitzer resümiert: »Eine direkte persönliche Anleitung und Beratung über Probleme des Bezirkes gab es mit diesen beiden Generalsekretären nicht.« ²¹

Andere Methoden zur Anleitung und Kontrolle der Parteileitungen waren demnach wichtiger. Dazu zählten *drittens* die Beratungen der Sekretäre des Zentralkomitees mit den Sekretären der Bezirksleitungen. Nach einem Politbüro-Beschluss vom November 1952 sollten solche Beratungen monatlich erfolgen. ²² Das wurde in den späteren Jahren aber nicht umgesetzt. Die persönliche Anleitung durch verantwortliche ZK-Sekretäre und leitende Mitarbeiter war Anfang der Fünfzigerjahre noch nicht gut eingespielt und gab zu Klagen Anlass. Heinz Bendig, 2. Sekretär der BL Schwerin, sprach dazu in der 2. Organisationsberatung des ZK im April 1953: »Es kann nicht ausreichend sein, wenn ein Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees in der Bezirksleitungssitzung in der Diskussion spricht. Ich arbeite z. B. seit Januar 1951 im Sekretariat der damaligen Landesleitung und der jetzigen Bezirksleitung. Wir sind in Landwirtschaftsfragen sehr oft heftig und mit Recht kritisiert worden. Bis heute hat sich weder der Sekretär Landwirtschaftsfragen noch der Abteilungsleiter einmal bei uns sehen lassen. Ähnlich steht es auch noch mit anderen Abteilungsleitern.« ²³ Im gleichen Jahr stellte das Sekretariat der BL Neubrandenburg fest, »daß die Anleitung durch das ZK – Abt. Agitation und Propaganda – viel zu wünschen übrig lässt«. ²⁴

Diese Form der Anleitung ist dann derart institutionalisiert worden, dass die Ressortsekretäre der Bezirksleitungen mehr oder weniger regelmäßig zu Beratungen mit den verantwortlichen ZK-Sekretären nach Berlin zitiert wurden. »Neben der Erläuterung von Beschlüssen der Zentrale durch den Sekretär des ZK dienten sie vor allem dem Erfahrungsaustausch. Ihre Einberufung bedurfte eines Beschlusses des Sekretariats oder des Politbüros des ZK.« ²⁵

Die Anleitung der 2. Sekretäre erfolgte durch den für die Abteilung Parteiorgane zuständigen Sekretär des ZK in der Regel zwei- bis dreimal im Jahr. In der Ära Honecker war das Horst Dohls. Dieser hielt zunächst ein Referat, in dem er »sich zu den wichtigsten Fragen der aktuellen Parteipolitik äußerte, Beschlüsse des ZK erläuterte und wichtige Erfahrungen der Bezirks- und Kreisleitungen weitergab. Großen Raum nahmen natürlich Fragen zu den Arbeitsbereichen der 2. Sekretäre ein. Anschließend gab es eine Dis-

20 Interview von Brigitte Zimmermann und Hans-Dieter Schütt mit Werner Eberlein vom 17. Dezember 1991, in: Hans-Dieter Schütt/Brigitte Zimmermann (Hg.): *ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus*, Berlin 1992, S. 44–65, hier S. 46.

21 Gesprächsprotokoll Chemnitzer (Anm. 9), S. 19.

22 Siehe Beschluss des Politbüros vom 11. November 1952 »Über die Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe und des Apparates des Zentralkomitees der SED«, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/120.

23 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01/218.

24 Protokoll der 34. Sitzung des Sekretariats der BL Neubrandenburg vom 18. August 1953, in: Landeshauptarchiv Schwerin (im Folgenden: LHAS), BPA Neubrandenburg, IV/2/003/238.

25 Protokoll des Gesprächs mit Erich Postler (1981 bis 1989 2. Sekretär der BL Schwerin), Berlin, 12. März 2003, S. 4.

kussion, bei der jeder seine Meinung sagen konnte. Es waren in der Regel keine kontroversen Debatten. Im Kern war es ein Erfahrungsaustausch über die besten Wege zur Realisierung der Parteibeschlüsse.«²⁶ Allerdings ließ die konkrete Anleitung offenbar zu wünschen übrig: »Dohlus hat sich da nicht reingekniert. Er hat mehr verwaltet und nicht geleitet, in keiner Weise. Ich war 19 Jahre sein Stellvertreter. Ich kann das schon beurteilen.«²⁷

Die Sekretäre für Wirtschaft trafen sich einmal im Quartal mit dem zuständigen ZK-Sekretär Günter Mittag. Die Beratungen bei Mittag waren »von ihm einseitig vorgebrachte Monologe. Er brachte manchmal ganz spezifische Fragen zu Leipzig und so weiter. Dann wurden die Wirtschaftssekretäre aufgefordert, die dort verantwortlich waren, ihre Meinung zu sagen.«²⁸ Mitunter ließ sich Mittag auch von einigen Wirtschaftssekretären »Bericht erstatten. Anschließend wurde über die Berichterstattung und die Zusammenarbeit mit den Abteilungen diskutiert. Oben gab es auch Abteilungen, z. B. Außenhandel, Bauwesen, Industrie, in denen jeweils ein Abteilungsleiter und Sektorenleiter arbeiteten. Die haben bereits eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen, bis hin zu Kaderfragen, die nicht erst an Mittag weitergeleitet wurden.«²⁹ Zusätzlich dazu gab es regelmäßige Kontakte zu dessen Abteilungsleitern im Apparat des ZK. »Mit denen hatten wir die konkreten Kontakte. Mit denen haben wir die konkreten Fragen, die uns bewegten, immer abgestimmt.«³⁰ Es gab noch weitere Treffen. »Von zentraler Bedeutung war die zweimal jährlich erfolgende Vergatterung der Generaldirektoren auf den sogenannten Leipziger Seminaren, an denen die Sekretäre für Wirtschaftspolitik der Bezirksleitungen und die Parteiorganisatoren des ZK teilnahmen. Sie dienten der Darlegung der Wirtschaftspolitik und der Erpressung hoher zusätzlicher Verpflichtungen zur Untersetzung des nicht bilanzierten Volkswirtschaftsplanes.«³¹

Die Sekretäre für Landwirtschaft kamen regelmäßig mit dem zuständigen ZK-Sekretär für Landwirtschaft, seinem Abteilungsleiter und den Sektorenleitern zusammen. »Die Beratungen in Berlin fanden in einem festen Rhythmus statt, in der Regel mit Jahresaufgabenstellungen zum Volkswirtschaftsplan, dort wurden die Grundsätze zum Volkswirtschaftsplan erörtert. Weiterhin vor wichtigen Kampagnen in der Landwirtschaft: Vor der Frühjahrsbestellung, vor der Ernte, vor den Herbstarbeiten fanden Beratungen statt, um die Lage oder auch schwierige Situationen zu erörtern. [...] Wenn wir eine schlechte Getreideernte hatten, wurde uns in Berlin schon vorgerechnet, was wir zu importieren hatten, was das kostete, um dann jedes Gramm Getreide zu retten und verlustarm zu ernten.«³²

26 Ebd., S. 5.

27 Gesprächsprotokoll Eberlein (Anm. 13), S. 4.

28 Protokoll des Gesprächs mit Dr. Eberhardt Denner (1963 bis 1986 Sekretär für Wirtschaft der BL Suhl), Berlin, 13. März 2003, S. 8. Siehe auch Gesprächsprotokoll Eberlein (Anm. 13), S. 2.

29 Protokoll des Gesprächs mit Rudi Gröbel (1963 bis 1975 Sekretär für Wirtschaft der BL Schwerin), Berlin, 23. Juli 2003, S. 12.

30 Gesprächsprotokoll Denner (Anm. 28), S. 8.

31 Schriftliche Mitteilung Müller (Anm. 8).

32 Protokoll des Gesprächs mit Dr. Siegfried Schmolinsky (1974 bis 1989 Sekretär für Landwirtschaft der BL Frankfurt [Oder]), Frankfurt (Oder), 20. März 2003, S. 5.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

BArch, Bild 183-1988-0310-022, Fotograf: Friedrich Gahlbeck.

Leipzig, 10. März 1988: Seminar des Zentralkomitees der SED mit Generaldirektoren aus Industrie, Bau-, Transport- und Nachrichtenwesen sowie Parteiorganisatoren des ZK über die weitere Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages. Vorn links Dr. Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel, vorn rechts Prof. Dr. Dr. Wolfgang Biermann, Generaldirektor des VEB Kombinat Carl Zeiss Jena.

Die Anleitung der Sekretäre für Agitation und Propaganda durch Joachim Herrmann, von 1978 bis 1989 der zuständige ZK-Sekretär, wird als »sehr schlecht« beschrieben. In seiner Amtszeit hat es nur rund zehn Treffen gegeben. Herrmann »hat bei Beratungen Monologe gehalten, denn er wollte keine Diskussionen. Ich habe einmal eine Diskussion zum Preissystem geführt, das ist mir nicht gut bekommen.«³³

Die Sekretäre für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur trafen sich »ungefähr einmal im Vierteljahr« mit Kurt Hager und den zuständigen Abteilungsleitern zu Dienstberatungen. Hager »hat die Abteilungsleiter beauftragt, die Aufgaben zu erläutern, hat dann in der Diskussion die Stellungnahme der Sekretäre zu diesen Aufgaben oder Aufgabenkomplexen abverlangt und schließlich das Schlußwort einer solchen Beratung gehalten«.³⁴

33 Protokoll des Gesprächs mit Siegfried Unverricht (1967 bis 1989 Sekretär für Agitation und Propaganda der BL Rostock), Hohenfelde, 26. Juni 2003, S. 5 f.

34 Protokoll des Gesprächs mit Dr. Helmuth Winnig (1967 bis 1988 Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur, 1988/89 Sekretär für Wissenschaft und Volksbildung der BL Magdeburg), Magdeburg, 9. Juli 2003, S. 10.

Der *vierte* Weg der Anleitung und Kontrolle beinhaltete die Beordnung ganzer Leitungen nach Berlin. In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen hatten jeweils vorab bestimmte Bezirks- und Kreisleitungen zur Parteiarbeit Bericht zu erstatten. In den Achtzigerjahren mussten in der Regel zwei Bezirksleitungen pro Jahr im Politbüro über ihre Arbeit berichten und Rede und Antwort stehen. So hatte beispielsweise im November 1986 die Bezirksleitung Potsdam ihre »Erfahrungen und Ergebnisse der Führungstätigkeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages« vorzustellen.³⁵ Die Kreisleitung Dessau informierte im Februar 1989 »über die Auswertung der 7. Tagung des ZK der SED und die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989«.³⁶ Die Berichterstattung wurde von der Parteiführung penibel vorbereitet. So entsandte das ZK zur Vorbereitung der Aussprache mit der BL Schwerin am 15. November 1977 über »Die Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros vom 18. 05. 1977 über »Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit der Partei« eine Arbeitsgruppe in den Bezirk. Die BL Berlin sollte das Politbüro im April 1979 über die Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der DDR informieren. Auch hier wurde nichts dem Zufall überlassen: Bereits im Februar 1979 erstellte die Abteilung Parteiorgane des ZK eine »Konzeption zur Vorbereitung der Berichterstattung der Bezirksleitung Berlin«, in der sie Ziele und Gesichtspunkte, die »besonders in den Blickpunkt zu stellen« sind, formulierte. Die Berichterstattung wurde durch fünf Genossen der Abteilungen Parteiorgane, Agitation und Propaganda und zwei Genossen der Parteihochschule vorbereitet.³⁷

Die *fünfte* Methode war der umgekehrte Weg, der Besuch von Mitgliedern der Parteiführung in den Bezirken. Zwischen den Bezirksleitungen und denjenigen Mitgliedern des Politbüros, die sich im jeweiligen Bezirk als Spitzenkandidat zur Wahl der Volkskammer stellten, existierten besonders enge Verbindungen. »Sie stellten sich vor den Wahlen auf verschiedenen Veranstaltungen der Bevölkerung vor und suchten dann natürlich auch regelmäßig den Kontakt mit der Bezirksleitung. In der Regel waren dies auch die Leiter der Delegationen des ZK zu den Bezirksdelegiertenkonferenzen der SED, die laut Statut zweimal in fünf Jahren stattfanden. Es waren oft über mehrere Wahlperioden die gleichen Personen, so dass sich zwischen ihnen und dem Bezirk ein gutes Vertrauensverhältnis entwickelte.« Für die Bezirke bestand neben der Anleitung die Möglichkeit, ökonomische Verbesserungen oder zusätzliche wirtschaftliche Unterstützung zu erreichen. »Sich an den Spitzenkandidaten der Volkskammer zu wenden war schon insofern effektiv, weil er natürlich den Bezirk besser kannte als jedes andere PB-Mitglied und als Abgeordneter eine zusätzliche Verpflichtung für die und ein zusätzliches Interesse an der Entwicklung der Region besaß. Er erhielt ja auch Eingaben und Bitten aus der Bevölkerung, bei deren Erledigung er wertvolle Hilfe leisten konnte. Die Kontakte und diese Verant-

35 Siehe SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2191 und 2192: Bericht der Bezirksleitung der SED Potsdam über Erfahrungen und Ergebnisse der Führungstätigkeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED, besonders bei der Durchführung der ökonomischen Strategie, 4. November 1986.

36 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/4357.

37 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/33.934.

Leipzig, 6. September 1964: Walter Ulbricht auf einem Rundgang durch die Leipziger Innenstadt. Von links nach rechts: Walter Kresse, Oberbürgermeister von Leipzig; Erich Honecker, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK; Lotte Ulbricht; Paul Verner, Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin; Walter Ulbricht; Paul Fröhlich, Kandidat des Politbüros und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

BArch, Bild 183-C0906-0010-021, Fotograf: Heinz Junge.

wortlichkeit der Politbüromitglieder wurde[n] natürlich auch genutzt, um zu sagen: ›Wir müssen im Bezirk dieses und jenes machen, die Bilanzen sind aber nicht vorhanden. Könntest Du nicht helfen?‹ Derlei Beratung und Absprache erfolgte[n] fast immer durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung.«³⁸

Für den Bezirk Neubrandenburg war Gerhard Grüneberg, der ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Beauftragter des Politbüros. In dieser Funktion hat er den Bezirk geprägt. »Grüneberg kümmerte sich sehr, sehr intensiv um die Entwicklung des Bezirkes, wobei das sehr einseitig nur auf die Landwirtschaft bis hin zur Nahrungsgüterindustrie und darüber hinaus bezogen war. Grüneberg vertrat hier sozusagen den Instruktionsgeber und sagte uns, wo es lang ging.«³⁹

Die Besuche von Mitgliedern des Politbüros in den Bezirken waren für die regionalen Parteileitungen sehr wichtig, aber »verliefen sehr unterschiedlich. Die sind teilweise in die Betriebe gegangen, in Kreisen gewesen, dann bloß mal schnell bei uns vorbeigekommen, oder sie waren zu einer Bezirksleitungssitzung und sind dann rausgefahren.«⁴⁰

Erich Apel, Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro, nahm sein Mandat für den Bezirk Erfurt offenbar ernst. Im April 1959 schrieb er an den 1. Sekretär der BL, Alois Bräutigam, er könne seine Verpflichtungen als Abgeordneter der Volkskammer wegen Arbeitsüberlastung nicht so wahrnehmen, »wie ich das gern möchte«, und bat, »dafür Verständnis zu haben, daß es mir in der nächsten Zeit nicht möglich ist, besonders aktiv im Bezirk Erfurt mitzuhelfen«. Daher versuchte Bräutigam auf schriftlichem

38 Gesprächsprotokoll Postler (Anm. 25), S. 5.

39 Gesprächsprotokoll Chemnitzer (Anm. 9), S. 20.

40 Gesprächsprotokoll Martens-Meschter (Anm. 7), S. 6.

Wege, Apel für seinen Bezirk einzuspannen. Nachdem er sich erfolglos an das Ministerium für Bauwesen und die Staatliche Plankommission wegen der Bereitstellung zusätzlicher Baumaterialien gewandt hatte, bat er Apel in einem Brief im Juni 1959, »schnellstens auf die Staatsorgane dahingehend einzuwirken, daß dem Bezirk [...] mit den erforderlichen Materialien geholfen wird«.⁴¹

Sechstens ist der Einsatz von Parteiorganisatoren und Instruktoren aus dem Apparat des ZK in den Bezirken, Kreisen und Betrieben zu nennen. Deren Einsatz war bereits 1950 mit folgenden Worten im Statut der SED geregelt: »Zur Verstärkung der politischen Massenarbeit und zur Erfüllung volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben hat das Zentralkomitee das Recht, in den Parteiorganisationen der entsprechenden Betriebe oder ganzer Arbeitszweige Parteiorganisatoren des Zentralkomitees bzw. Parteisekretariate zu organisieren.«⁴²

Neben den Parteiorganisatoren in Betrieben und Kombinatenspielen die Operativinstruktoren des Zentralkomitees, im Parteijargon »Bezirksbeschleuniger«⁴³ genannt, eine wichtige Rolle. Für jeden Bezirk gab es einen solchen Beauftragten, der Mitarbeiter im operativen Sektor der ZK-Abteilung Parteiorgane war und ihr Bericht erstattete. Die Tätigkeit der Instruktoren regelte eine Direktive des Zentralkomitees vom Februar 1952. Sie sollten hiernach »operativ zur allseitigen Beschäftigung mit der gesamten Arbeit einer oder mehrerer Parteileitungen und zur Anleitung der leitenden Parteiorgane eingesetzt« werden und »an Ort und Stelle« die Durchführung der zentralen Beschlüsse untersuchen. Die Parteileitungen unterwiesen sie, »indem sie diese auf Fehler, etwaige unzulängliche Beschlüsse usw. aufmerksam machen« und durch »Ratschläge und Empfehlungen helfen, die Arbeit zu verbessern«. Über ihre Arbeit sollten die Instruktoren das Sekretariat des ZK informieren und »Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit« unterbreiten.⁴⁴

Es dauerte eine Zeit, bis sich das System einspielte. Heinz Bendig äußerte auf der 2. Organisationsberatung des ZK im April 1953 deutliche Kritik: »Mit den Instruktoren des Zentralkomitees sieht es in der Regel bei uns so aus, dass sie kommen und entweder Kader haben wollen usw., aber man kann nicht sagen, dass es eine qualifizierte Hilfe gibt. Aber diese Hilfe ist für uns sehr notwendig.«⁴⁵

In den nächsten Jahren baute Berlin das System der Instruktoren aus. Anfang 1954 wurde ihre Zahl von bislang zehn auf nunmehr 16 erhöht. Damit stand für jeden Bezirk (einschließlich der Gebietsleitung Wismut) ein Instrukteur zur Verfügung. Begründet wurde das so: »Die bestehenden Aufgaben, die von der Partei zu lösen sind,

41 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.029/128, Bl. 46 und Bl. 81.

42 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitag (Anm. 2), S. 316.

43 Otfried Arnold/Hans Modrow: Außenansichten, in: Modrow (Hg.): Das Große Haus von außen (Anm. 17), S. 9–38, hier S. 32.

44 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/120.

45 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01/218.

verlangen die verstärkte Anleitung der Bezirksleitungen der Partei durch das Zentralkomitee.«⁴⁶

Die Instruktoren »verstanden sich als Beauftragte des zuständigen Sekretärs des Zentralkomitees, der sie auch persönlich informierte und anleitete. Dafür gab es einen festen Wochenrhythmus. Die Beratungen im Politbüro und im Sekretariat des ZK waren am Dienstag bzw. Mittwoch. In den Bezirken fanden in der Regel am Freitag die Sekretariatsitzungen statt. So wurde am Montag in Berlin die Beratung der Beauftragten des ZK zur Information und Anleitung durchgeführt. Danach schwärmten die »Beschleuniger« in ihre Bezirke aus.«⁴⁷

Die Instruktoren nahmen vor Ort an den Leitungssitzungen teil, konnten beratend das Wort ergreifen und übermittelten Aufträge und Anforderungen der Parteiführung. Sie besaßen »einen sehr exakten Überblick über das, was in den Bezirken los war«.⁴⁸ Ihre Anwesenheit konnte einerseits als hilfreich, andererseits aber auch als störend empfunden werden. Mit manchen Instruktoren war es »möglich, Probleme zu diskutieren, ohne daß der Beauftragte das bei der nächsten Berichterstattung im ZK weitergab. Die Gespräche dienten allein dem Austausch von Erkenntnissen und Überlegungen für die Führungsarbeit im Bezirk.«⁴⁹ Erich Postler hebt die positiven Seiten dieses ständigen Kontakts zwischen Zentrale und Bezirk hervor. Der Operativinstruktor »kannte die zentralen Beschlüsse sehr gut und wusste auch, wie sich die Zentrale deren Umsetzung vorstellte. Da er meist langjährig für ein- und denselben Bezirk zuständig war, kannte er auch den Bezirk gut und hatte somit ein Gefühl dafür, was zu realisieren möglich war und was nicht.« Die Instruktoren »waren fachlich und politisch gut ausgebildete Kader. Die meisten von ihnen waren vorher erfolgreiche I. oder 2. Kreissekretäre der SED gewesen, also mit Parteierfahrung und realistischem Blick für das Machbare ausgestattete Menschen. [...] Dass die Beschlüsse der Parteitage und des ZK im Bezirk möglichst effektiv umgesetzt werden, das wurde als gemeinsame Aufgabe betrachtet.«⁵⁰

Es gab jedoch auch solche Instruktoren, die sich »vor allem in den Kreisen sehr unbeliebt« machten. »Wenn sie kamen, dann haben immer einige versucht, schnell das Büro zu verlassen.«⁵¹

Für Johannes Chemnitzer überwog der Aspekt der Kontrolle den der Anleitung, da »die Instruktoren mehr eine Kontrollfunktion hatten als daß sie irgendwelche Instruktionen überbrachten.«⁵² Da die Operativinstruktoren in Berlin »Rechenschaft über die Leistungen der von ihnen betreuten Bezirke« ablegen mussten, »ergab sich eine eigenartige

46 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/20. Zur besonderen Stellung der SED-Organisation Wismut siehe Lutz Sartor: Die Gebietsparteiorganisation Wismut der SED und die SAG/SDAG Wismut im Thüringer Raum, in: Heinrich Best/Heinz Mestrup: Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR, Weimar 2003, S. 174–204.

47 Arnold/Modrow: Außenansichten (Anm. 43), S. 32.

48 Gesprächsprotokoll Eberlein (Anm. 13), S. 17.

49 Arnold/Modrow: Außenansichten (Anm. 43), S. 32.

50 Gesprächsprotokoll Postler (Anm. 25), S. 4.

51 Gesprächsprotokoll Schmolinsky (Anm. 32), S. 6.

52 Gesprächsprotokoll Chemnitzer (Anm. 9), S. 20.

Situation: Wollte der Beauftragte gut dastehen, mußte sein Bezirk Gutes aufweisen. So gab es eine gewisse Interessenübereinstimmung zwischen dem Beauftragten und der Bezirksleitung, für die er zuständig war.«⁵³

Eine Steigerung des Einsatzes von Operativinstruktoren war *siebtens* die Entscheidung von aus zahlreichen Funktionären bestehenden Instrukteurgruppen und Komplexbrigaden des ZK. Diese reisten, vor allem bei zutage getretenen Problemen, zur operativen Arbeit in die Bezirke und Kreise, hielten sich dort mehrere Tage bis zu mehreren Wochen auf, kontrollierten die Durchführung der zentralen Beschlüsse, leiteten an und meldeten der Parteiführung Vollzug.

Der Einsatz solcher Brigaden bedurfte eines Beschlusses der Parteiführung und wurde gründlich vorbereitet. Dazu gab es einen ausführlichen Arbeitsplan und konkrete Aufgabenstellungen. So sah sich eine ZK-Brigade vom 25. März bis zum 9. Mai 1957 in den Kreisen Bitterfeld und Bernburg des Bezirkes Halle um, um die »politische Führungstätigkeit der BL Halle zu untersuchen«.⁵⁴ Im ersten Quartal 1958 hielt sich eine Brigade des ZK mit dem »Auftrag, den Parteiorganen im Bezirk bei der Durchführung des Gesetzes zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates zu helfen«, erneut im Bezirk Halle auf.⁵⁵ Im Juli 1959 wurde von der Organisationsabteilung des ZK ein »Plan für den Einsatz einer Komplexbrigade im Bezirk Dresden« entworfen. Die allgemeine Zielsetzung lautete: »Die Brigade hilft der Bezirksleitung bei der Verbesserung der Arbeit mit den Beschlüssen und der Parteierziehung mit dem Ziel, die Kampfkraft der Bezirksleitung zu erhöhen, um maximale ökonomische Ergebnisse durch eine breite politische Massenarbeit zu erreichen.« Die zu bildende Brigade sollte in drei Arbeitsgruppen aufgeteilt werden, die in der Stadt Dresden und in den Kreisen Pirna und Bautzen einzusetzen waren, und aus insgesamt 24 Genossen bestehen. Darunter waren Mitarbeiter mehrerer ZK-Abteilungen, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Freien Deutschen Jugend.⁵⁶

Am 23. Januar 1962 legte die Abteilung Parteiorgane einen Arbeitsplan für Brigaden des ZK vor, die vom 29. Januar bis zum 20. Februar in den Bezirken Halle und Neubrandenburg eingesetzt werden sollten. Hierin waren bereits die Termine für den Entwurf des Berichtes an das Politbüro (4. März 1962) und die Berichterstattung vor dem Politbüro (13. März 1962) fixiert. Das Papier listete akribisch auf mehreren Seiten die Fragen auf, denen die Brigade nachzugehen hatte. Anhand dieser Fragestellungen war zu untersuchen, »wie die Bezirksleitungen und die Kreisleitungen in Durchführung der Beschlüsse des 14. ZK-Plenums ihre Führungstätigkeit verbessern«.⁵⁷

Die Komplexbrigaden hatten während und nach ihrer Arbeit Zwischen- und abschließende Berichte vorzulegen, auf deren Grundlage dann Beschlüsse für den jeweiligen Bezirk gefasst wurden. Diese Rapporte konnten einen großen Umfang einnehmen. Im

53 Arnold/Modrow: Außenansichten (Anm. 43), S. 32.

54 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/9.

55 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1332.

56 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/181.

57 LHAS, BPA Neubrandenburg, IV/1.00/006.

September 1955 lag ein solcher über einen Einsatz im Bezirk Dresden vor, der 103 Seiten umfasste. Auf seiner Grundlage erfolgte ein Beschluss des ZK »zur Änderung der Arbeit der Partei im Bezirk Dresden bei der Auswahl, Erziehung und Verteilung der Kader«. ⁵⁸ In Schwerin endete im gleichen Jahr ein Brigadeeinsatz damit, dass die Bezirksleitung beauftragt wurde, eine Agitationskonferenz zu veranstalten und eine Broschüre propagandistischen Inhalts herauszugeben. ⁵⁹ Im April 1958 bestätigte das Politbüro den Zwischenbericht einer ZK-Brigade, die im Bezirk Erfurt tätig war, und beauftragte die BL, auf dessen Grundlage »eine Entschließung auszuarbeiten, in der die Vorschläge und die Kritik des Politbüros enthalten sind«. Weiter wurde »empfohlen«, eine »außerordentliche erweiterte Bezirksleitungssitzung einzuberufen«. ⁶⁰

Der Einsatz von Komplexbrigaden des ZK diente nicht nur der Anleitung und Kontrolle, sondern auch der Disziplinierung der regionalen Parteikader. Ihr Einsatz endete in mehreren Fällen mit der Ablösung von Funktionären. In Reaktion auf einen Brigadebericht über die Lage im Bezirk Neubrandenburg im Oktober 1960 erteilte die Parteiführung z. B. dem 1. Sekretär Max Steffen eine Rüge und veranlasste seine Ablösung aus der Funktion, da sie ihm »die Hauptverantwortung für das Zurückbleiben des Bezirks auf politisch-ideologischem, wirtschaftlichem und kulturelle[m] Gebiet« zumaß. Auch der 2. Sekretär Bruno Erdmann musste seinen Hut nehmen. ⁶¹

Im Februar 1979 endete die über ein Vierteljahrhundert währende Amtszeit des 1. Sekretärs der BL Magdeburg, Alois Pisnik, nachdem eine Arbeitsgruppe des ZK unter Leitung von Günter Mittag im Bezirk tätig gewesen war und massive Kritik an seiner Leitungstätigkeit geübt hatte. Ausgangspunkt hierfür war die von Pisnik in seinen monatlichen Berichten an den Generalsekretär vorgenommene detaillierte Schilderung von Problemen der Versorgung und der Baukapazität im Bezirk. ⁶²

Glimpflicher kam Hans Modrow in Dresden davon. Seine in einem Bericht an die Parteiführung geäußerte Kritik an der Wirtschaftspolitik in der DDR führte zu einem Einsatz einer wieder von Günter Mittag geleiteten Arbeitsgruppe. »Mit weit über 100 Mitarbeitern des Zentralkomitees, von Ministerien, des Zentralrates der FDJ und des Bundesvorstandes des FDGB durchforschte sie etwa zehn Tage den Bezirk, in allen nur möglichen Bereichen wurden Überprüfungen vorgenommen. Die dabei nicht zu übersehenden Probleme im Gesundheitswesen, bei der Versorgung der Bevölkerung und auf anderen Gebieten wurden als »Schwächen und Rückstände im Bezirk« gewertet. Als Hauptursache wurde »mangelnde politisch-ideologische Arbeit« entdeckt. [...] Der über achtzigseitige Bericht wurde allen Bezirksleitungen zur Auswertung übergeben.« ⁶³ Modrow selbst konnte seine Funktion behalten.

58 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/6.

59 Siehe ebd.

60 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/590.

61 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/780. Das Zitat befindet sich auf Bl. 126.

62 Siehe Mario Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn u. a. 2007, S. 233–252.

63 Arnold/Modrow: Außenansichten (Anm. 43), S. 37. Siehe auch Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen (Anm. 62), S. 325–336.

Die Parteiführung der SED wirkte *achtens* durch häufige Rund- und Fernschreiben und direkte, oft als »Vorschläge« und »Hinweise« bezeichnete Handlungsanweisungen und Argumentationshilfen sowie durch Informationen auf die regionalen Parteileitungen ein.⁶⁴ Diese Form der Anleitung zog sich durch alle Jahre der DDR, wie folgende Beispiele zeigen: Am 29. April 1953 verpflichtete Walter Ulbricht die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen in einem Rundschreiben, »eine breite Aufklärungsarbeit unter der Jugend und der Bevölkerung über den wahren Charakter der illegalen Jungen Gemeinde zu organisieren«. Das Schreiben listete nachfolgend nicht weniger als 16 Maßnahmen auf, deren Durchführung »sicherzustellen« sei, darunter eine ausgedehnte Kampagne in der Bezirkspresse.⁶⁵ Durch ein »vertrauliches Fernschreiben« vom 9. Januar 1959 wurden die 1. Bezirkssekretäre angehalten, »sofort eine große Kampagne für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durchzuführen«.⁶⁶ Am 4. Juli 1959 wandte sich Ulbricht mit Hinweisen zur Durchführung der Ernte an die Bezirksleitungen.⁶⁷ Erich Honecker empfahl als Mitglied des Politbüros den 1. Bezirks- und Kreissekretären, den sowjetischen Spielfilm *Schlacht unterwegs* in die »tägliche Leitungsarbeit einzubeziehen und für die politische Massenarbeit allseitig zu nutzen«, und schlug am 26. April 1962 vor, »diesen Film auch auf den Kreisdelegiertenkonferenzen unserer Partei zu zeigen«. Über die Durchführung ließ sich die Parteiführung Bericht erstatten.⁶⁸ Am 30. Juni 1966 ging es wieder um einen Film, die DEFA-Produktion *Spur der Steine*, über den »in den Bezirkszeitungen [...] keine Rezensionen erscheinen« sollten.⁶⁹ Durch ihre zahlreichen Fernschreiben konterkarierte die Parteiführung eigene Beschlüsse wie den des Politbüros »zur Verbesserung der Parteiarbeit im Bezirk Magdeburg« vom Dezember 1956, in dem es hieß: »Es muß aber der Zustand überwunden werden, daß die Büros zahlreiche Einzelfragen, wie Erntepläne, Arbeitseinsätze u. ä. behandeln, die von den Staatsorganen gelöst werden müssen.«⁷⁰

Die Kehrseite dieser schriftlichen Anleitung bestand in einem regelrechten Papierkrieg, der kaum zu bewältigen war. Dies kritisierte der 1. Sekretär der BL Erfurt Hans Kiefert auf dem IV. Parteitag der SED im April 1954 mit folgenden Worten: »Arbeitspläne, Rundschreiben und Anweisungen haben einen geradezu erdrückenden Umfang angenommen! Fragt die Genossen Kreissekretäre, wie viel papierenes Material sie erhal-

64 Eine Auswahl solcher Rundschreiben für den Zeitraum 1953 bis 1962 befindet sich in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/188.

65 LHAS, 10.34-3: BL Schwerin (1952–1967), Nr. 384, Bl. 141–144, Zitat auf Bl. 141.

66 LHAS, BPA Neubrandenburg, IV/1.00/004. Hintergrund war der Vorschlag der Sowjetunion an die Westmächte, eine Friedenskonferenz einzuberufen. Siehe Hans Georg Lehmann: *Deutschland-Chronik 1945 bis 1995*, Bonn 1996, S. 131 f.

67 Siehe LHAS, BPA Neubrandenburg, IV/1.00/004.

68 LHAS, BPA Neubrandenburg, IV/1.00/006.

69 Siehe LHAS, BPA Neubrandenburg, IV/1.00/004. Tags zuvor hatte das Sekretariat des ZK »Maßnahmen der Leitung des Ministeriums für Kultur zur kurzfristigen Beendigung des Einsatzes des Spielfilmes »Spur der Steine« in Lichtspieltheatern und zur sofortigen Einstellung der Werbung für diesen Film« bestätigt und beschlossen, die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen von diesen Maßnahmen zu informieren. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/1194, Bl. 6.

70 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/519.

ten, dann findet ihr auch den Schlüssel, warum die umfangreichen Beschlüsse nicht genügend beachtet werden.«⁷¹

Die Fernschreiben behielten bis zum Ende der SED ihre Bedeutung als Mittel zur Anleitung und Kontrolle. Mit ihrer Hilfe versuchte der Generalsekretär auch die erstarkende oppositionelle Bewegung einzudämmen. So teilte Erich Honecker am 22. September 1989 seinen 1. Bezirkssekretären mit: »In letzter Zeit haben auf verschiedenen Ebenen Aktivitäten unserer Feinde stattgefunden, die darauf gerichtet sind, entsprechend der bundesdeutschen Propaganda konterrevolutionäre Gruppen zu organisieren. Diese Fragen haben wir auf der letzten Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen besprochen. Es bestand Übereinstimmung, daß diese feindlichen Aktionen im Keim erstickt werden müssen. Da in einigen Kreisen nicht rechtzeitig die politisch-organisatorischen Maßnahmen getroffen wurden, ist es erforderlich, die bisher geleistete Arbeit zu überprüfen.«⁷² Doch die oppositionellen Bestrebungen ließen sich so nicht verhindern. Noch am 8. Oktober 1989, zehn Tage vor seiner Ablösung als Generalsekretär, verpflichtete Honecker die Bezirksleitungen telegrafisch, Demonstrationen »von vornherein zu unterbinden«.⁷³

Neben den Fernschreiben gab das Sekretariat des ZK »Informationen« zu »aktuellen außen- und innenpolitischen Fragen« heraus. Diese »erhielten alle Leitungen bis zu den Sekretären der Grundorganisationen der SED«. Die letzte Ausgabe vom Oktober 1989 befasste sich mit dem »Neuen Forum« und trägt die Nummer 261.⁷⁴

Die *neunte* Möglichkeit der Anleitung und Kontrolle von Parteikadern bestand in deren Schulung, Weiterbildung und Qualifizierung. Die SED-Führung verlangte »hohe politische und fachliche Kenntnisse«⁷⁵ ihrer leitenden Genossen. Zu diesem Zweck wurden eigene Bildungseinrichtungen geschaffen. An erster Stelle ist hier die Parteihochschule »Karl Marx« zu nennen. Sie bildete im Direktstudium in Einjahr- und Dreijahrlehrgängen sowie im mehrjährigen Fernstudium Diplom-Gesellschaftswissenschaftler aus. Daneben existierten Landes- bzw. Bezirks- und Kreisparteischulen. Der Besuch der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Parteihochschule der KPdSU in Moskau war ebenfalls besonders prestigeträchtig. Zur ökonomischen Qualifizierung standen unter anderem die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und Institute des ZK in Schwerin, Pillnitz und Liebenwalde zur Verfügung. Hier wurden Sonderklassen für Parteifunktionäre eingerichtet und Lehrgänge zur Weiterbildung

71 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin (Ost) 1954, S. 557. Diese Ausführungen Kiefert wurden vom Plenum mit Beifall quittiert.

72 Zit. in: Egon Krenz: Herbst '89, Berlin 1999, S. 80 f.

73 Zit. in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1999, S. 114.

74 Siehe Schriftliche Mitteilung Müller (Anm. 8).

75 »Beschluß des Sekretariats des ZK der SED über die Arbeit mit den Kadern«, 7. Juni 1977, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, hrsg. vom Zentralkomitee der SED, Bd. XVI, Berlin (Ost) 1980, S. 481–488, hier S. 483.

abgehalten. Am Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK gab es einjährige Sonderlehrgänge zur Qualifizierung leitender Parteikader. Vor allem für Funktionäre auf der staatlichen Ebene wurden Kurse und Lehrgänge an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht« in Potsdam-Babelsberg eingerichtet. Mitglieder der Parteiführung ließen es sich nicht nehmen, durch Redebeiträge an der Parteihochschule die anwesenden Genossen auch persönlich anzuleiten. Beispielsweise hielt Kurt Hager im Mai 1987 einen Vortrag über »Aktualität und Lebenskraft des Hauptwerkes von Karl Marx«, und Günter Mittag bot im Juli 1987 seinen Zuhörern eine Vorlesung über die ökonomische Strategie der SED.⁷⁶ Die Anleitung durch politische Qualifizierung hatte 1986 auf Bezirksebene fast alle Mitglieder der Sekretariate erreicht. In diesem Jahr verfügten 98,4 Prozent der hier vertretenen Funktionäre über eine gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung ab einem Jahr.⁷⁷

Die Parteiführung sorgte schließlich dafür, dass die leitenden Funktionäre ihre politischen Kenntnisse regelmäßig aufbesserten. Die Sekretäre für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur zum Beispiel »waren in der Weiterbildungs-nomenklatur der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED« und nahmen alle zwei Jahre an entsprechenden Lehrgängen teil.⁷⁸ Seit dem XI. Parteitag der SED 1986 »fanden an der Parteihochschule »Karl Marx« vierwöchige Lehrgänge für die 1. und 2. Sekretäre der Kreisleitungen zur Auffrischung ihrer früher erworbenen Kenntnisse«, eine »Runderneuerung«, statt.⁷⁹

Zu den vielfältigen Methoden der Anleitung und Kontrolle nachgeordneter Parteiinstanzen zählte schließlich *zehntens* die Parteiinformation.⁸⁰ Der Abteilung Parteiorgane des ZK, insbesondere ihren Sektoren Parteiorgane und Information, kam hier eine Schlüsselrolle zu. Dort, so der frühere Abteilungsleiter Karl Schirdewan, »lief alles zusammen, was an speziellen Informationen und an regelmäßigen Arbeitsberichten aus den verschiedenen Leitungsebenen im Parteaufbau von »unten« kam.«⁸¹

Im Dezember 1952 legte das Sekretariat des ZK die Aufgaben und Arbeitsweise der Parteiinformation konkret fest. Demzufolge hatte sie die Aufgabe, »die Parteiführung sofort über alle wichtigen Ereignisse« zu informieren und so als »Hilfsmittel der Führung der Partei bei der operativen Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei, der

76 Siehe Kurt Hager: Aktualität und Lebenskraft des Hauptwerkes von Karl Marx. Vortrag zu den Karl-Marx-Tagen der Parteihochschule »Karl Marx« am 4. Mai 1987, Berlin 1987; Günter Mittag: Die Arbeit der Partei zur Verwirklichung der vom XI. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Strategie. Vortrag an der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED am 6. Juli 1987, Berlin 1987.

77 Siehe »Information über die kadermäßige Zusammensetzung der im Februar 1986 neugewählten Bezirksleitungen und ihrer Sekretariate«, 19. Februar 1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/50/28.

78 Gesprächsprotokoll Winnig (Anm. 34), S. 13.

79 Schriftliche Mitteilung Müller (Anm. 8).

80 Siehe dazu ausführlich Mario Niemann: »Schönfärberei und Schwarzmalerei«. Die Parteiinformation der SED, in: Detlev Brunner/Mario Niemann (Hg.): Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn u. a. 2011, S. 159–185.

81 Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994, S. 39.

Gesetze und Verordnungen der Regierung« zu dienen. An den Sektor Parteiinformation waren ein Monatsbericht »über die politische Lage im Kreis bzw. Bezirk« und einer »über die Tätigkeit der eigenen Leitung und der untergeordneten Parteiorganisationen und Organe« zu übermitteln. Hinzu kamen periodische Berichte zu bestimmten Themen, die »auf eigenen Beschluß bzw. auf Anforderung einer übergeordneten Leitung ausgearbeitet« werden sollten. Bei »wichtigen Ereignissen und Erscheinungen« waren »sofort und auf dem schnellsten möglichen Wege die übergeordneten Organe« zu informieren. Schließlich mussten dem ZK die Protokolle der Sekretariats- und Leitungssitzungen, der Parteiaktivtagungen und der Delegiertenkonferenzen zugeleitet werden. Dem Sektor Parteiinformation fiel dann die Aufgabe zu, diese Berichte auszuwerten, einzuschätzen und zusammenzufassen und die Parteiführung in einem eigenen, monatlich zu erstellenden Bericht zu informieren. Insbesondere »Mängel und Fehler in der Arbeit« der regionalen Leitungen sollten rechtzeitig angezeigt werden.⁸²

1954 verankerte die Parteiführung die Monatsberichte im Parteistatut: »Die Bezirksleitung informiert systematisch das Zentralkomitee über die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk, über die Entwicklung der Partei und erstattet dem Zentralkomitee zu den festgelegten Terminen über ihre Tätigkeit Bericht.«⁸³ Darüber hinaus waren generell alle Bezirks- und Kreisleitungen nach einem Beschluss des Sekretariats des ZK vom Oktober 1955 »verpflichtet, das ZK in allen wichtigen Fragen sofort zu informieren«.⁸⁴ Neben den Bezirksleitungen hatten auch einige vorab ausgewählte Kreise und Grundorganisationen direkt an das Zentralkomitee zu berichten. Ende 1974 sind insgesamt 25 Kreisleitungen und 45 Grundorganisationen »direktberichtspflichtig« gewesen.⁸⁵

Das System der Parteiinformation wurde bis zum Herbst 1989 beibehalten und ausgebaut. Nach einer Direktive vom November 1974 galt sie als »Instrument der Führungstätigkeit«, »Mittel der Erziehung« und »Instrument der Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei«.⁸⁶ Die Berichte aus den Bezirks- und Kreisleitungen wurden von der Parteiführung ausgewertet. Die Abteilung Parteiorgane erstellte Fassungen, die allen Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros zur Auswertung in ihrem Verantwortungsbereich zugingen. In den monatlichen Berichten geäußerte Kritik konnte, wie oben geschildert, zu den unter siebtens genannten Brigadeeinsätzen führen.

Fazit

Die SED-Führung war stets sehr darauf bedacht, das Funktionieren ihrer Funktionäre in den Bezirks- und Kreisleitungen sicherzustellen. Dazu entwickelte sie ein vielgliedriges und umfassendes System der Anleitung und Kontrolle der Parteileitungen. Direkte, nach

82 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/120. Siehe auch DY 30/J IV 2/3/345, Bl. 17–25.

83 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Anm. 71), S. 1115–1141, hier S. 1132.

84 Beschluss des Sekretariats des ZK vom 12. Oktober 1955, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/490.

85 Siehe SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/2604, Bl. 29–31.

86 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/2604.

einem festen Schema ablaufende Kontakte zwischen Vertretern der Parteiführung und Funktionären der Bezirks- und Kreisleitungen ergaben sich auf Parteitag und ZK-Tagungen sowie durch regelmäßig anberaumte Treffen mit dem Generalsekretär und den Sekretären des Zentralkomitees. Auch die Berichterstattung im Politbüro stellte eine Möglichkeit des direkten Kontaktes mit der Zentrale dar. Das gilt ebenfalls für die Besuche von Mitgliedern der SED-Führung in den Bezirken und Kreisen, allerdings mit dem Unterschied, dass diese einen informelleren Charakter annehmen konnten und keinem festen Schema folgten. Die indirekte Anleitung und Kontrolle erfolgte über den Einsatz von Funktionären in den Regionen. Dazu zählten Instruktoren des ZK und, gewissermaßen als deren Vervielfältigung, aus mehreren Apparaten zusammengesetzte, vielköpfige Komplexbrigaden. Die vielen Rund- und Fernschreiben können dagegen als unpersönliche Form der Anleitung charakterisiert werden. Verschiedene Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, in deren Rahmen Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK mitunter selbst tätig waren, sollten ebenfalls die Durchführung der zentral gefassten Beschlüsse sicherstellen. Durch die umfangreiche Parteiinformation schließlich schufen die Bezirks- und Kreisleitungen selbst Voraussetzungen für ihre Anleitung und Kontrolle.

Die insgesamt zehn aufgezeigten Methoden waren miteinander verflochten und stellten für die regionalen Parteileitungen ein zweiseitiges Schwert dar. Sie dienten hauptsächlich der Durchführung der in Berlin beschlossenen Politik und damit der Verhinderung regionaler Eigenständigkeiten im Sinne einer von der Generallinie abweichenden Politik, konnten aber auch bei der Bewältigung von Problemen im Bezirk oder Kreis helfen. Das weit gespannte System der Anleitung und Kontrolle der Parteileitungen in der SED brach im Herbst 1989 zusammen. Das zeigte sich deutlich an den im November 1989 in den Bezirken und Kreisen vorgenommenen Kaderveränderungen, auf die Berlin kaum noch Einfluss nehmen konnte. Es war weder der Parteiführung in Berlin noch den umfassend angeleiteten Bezirks- und Kreisleitungen der SED möglich, den Niedergang nicht nur der eigenen Partei, sondern der DDR insgesamt aufzuhalten.